G 006 DGB-Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg
Lfd.-Nr. 1136

Für das Recht auf gleichwertige Lebensverhältnisse - Impulse für den Ausbau Ost entwickeln!

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:
Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand

Der DGB begrüßt, dass auch der neuen Bundesregierung eine Beauftragte für die neuen Länder angehört, die richtigerweise nun im Wirtschaftsministerium angesiedelt ist. Der DGB sieht im Koalitionsvertrag allerdings kaum neue Impulse, die neuen Schwung in den Aufbau Ost bringen könnten. Wir erwarten deshalb von der neuen Beauftragten zügig konkrete Vorschläge, mit welchen Maßnahmen die neue Bundesregierung den erforderlichen Schub für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den östlichen Bundesländern befördern möchte.

Insgesamt sind die ostdeutschen Bundesländer deutlich außerhalb einer Bandbreite gleichwertiger Lebensverhältnisse und werden dies auch 2019 noch sein. Deshalb steht die Herausforderung, einen neuen Aufholprozess in Gang zu setzen und eine qualitäts- und wachstumsorientierte Politik bis mindestens 2030 abzusichern.

Der DGB unterstreicht das Recht auf gleichwertige Lebensverhältnisse. Dabei ist es richtig, dass wirtschaftliche und soziale Aufgaben in der gesamten Bundesrepublik bearbeitet werden müssen und die notwendigen Finanzmittel überall zur Verfügung stehen müssen. Der Rückstand der ostdeutschen Länder besteht jedoch geradezu flächendeckend und politikfeldübergreifend. Zudem ist der Rückstand immer noch so erheblich, dass auch im Rahmen bundesweit geltender Regionalpolitiken besondere Strategien und auch Finanzmittel für den Ausbau Ost notwendig sein werden.

Der DGB fordert die Bundesregierung auf, dafür gemeinsam mit den Bundesländern tragfähige und überzeugende Konzepte zu entwickeln. Neue Initiativen müssen an den in allen neuen Bundesländern gegebenen Problemlagen ansetzen:

- *Die signifikant höhere Arbeitslosigkeit.*
- *Die demografischen Veränderungen.*
- *Die zunehmende Altersarmut.*
- *Die extrem kleinteilige Betriebslandschaft und das Fehlen von Konzernzentralen.*

- *Die geringe Zahl von Betriebsräten und der geringe Grad von Tarifbindung.*
- *Die Außengrenze zu wirtschaftlich schwächeren Nachbarländern (das betrifft nicht Thüringen und Sachsen-Anhalt).*

Der DGB-Bundesvorstand wird beauftragt, für diesen Diskussionsprozess gewerkschaftliche Positionen zu entwickeln und im Vorfeld des 25. Jahrestages der deutschen Einheit zur Diskussion zu stellen.